## Stadt Cottbus / město Chósebuz Der Oberbürgermeister



Vorlagen-Nr.				
StVV	II-019/19			
НА				

Geschäftsbereich: GB II Fachbereich: Te		ermin der Tagung: 18.12.2019						
Vorlage zur Entscheidung								
durch den Hauptausschuss								
			nichtöffentlich					
Beratungsfolge:	Datum			Datum				
<ul> <li>□ Dienstberatung Oberbürgermeister</li> <li>□ Ausschuss für Haushalt und Finanzen</li> <li>□ Ausschuss für Recht, Ordnung, Sicherheit und Petitionen</li> <li>□ Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Rechte für Minderheiten</li> <li>□ Ausschuss für Bildung, Sport, Kultur und sorbisch/wendische Angelegenheiten</li> <li>□ Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligung und Strukturwandel</li> </ul>		☐ Ausschu Klimascl ☐ Ausschu ☐ Hauptau ☐ Stadtver ☐ Beteiligu KVerf ☐ Informat ☐ Jugendh	11.12.2019 18.12.2019					
Beratungsgegenstand:  Wahl der Mitglieder für den Polizeibeirat  Beschlussvorschlag:								
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:  Auf Vorschlag der Fraktionen CDU und SPD werden jeweils 1 ordentliches Mitglied und 1 Stellvertreter in den Polizeibeirat gewählt.  Für die Fraktionen sind vorgeschlagen: CDU als ordentliches Mitglied Herr Dr. Wolfgang Bialas und als sein Stellv. Herr Dietmar Schulz SPD als ordentliches Mitglied Frau Anja Heger und als ihr Stellv. Herr Gunnar Kurth  Die Entscheidung erfolgt gemäß § 41 Abs. 4 Kommunalverfassung durch offenen Wahlbeschluss.  Holger Kelch								
Beratungsergebnis des HA/der StVV:  einstimmig mit Stimmer  laut Beschlussvorschlag	nmehrheit nrift)			D:				

Vorlagen-Nr.: II-019/19

	lambac	ah raih:		~~:::::::::::::::::::::::::::::::::::::
rı obi	lembes	cnieibi	unu/be	aründuna:

Gemäß der Verordnung über die Polizeibeiräte im Land Brandenburg (Brandenburgische Polizeibeiräteverordnung – BbgPolBeiratV vom 25. Juni 2012) ist der Polizeibeirat nach den Wahlen zu den Vertretungen der Landkreise und kreisfreien Städte neu zu wählen.

Nach § 1 Abs 2 und 3 BbgPolBeiratV sind durch die Stadtverordnetenversammlung Cottbus/Chósebuz 2 Mitglieder und 2 Stellvertreter für den Polizeibeirat gem. § 41BbgKVerf zu wählen.

Beamtinnen und Beamte sowie Tarifbeschäftigte der Polizei des Landes Brandenburg können nicht Mitglieder eines Polizeibeirates sein.

Der Polizeibeirat soll das vertrauensvolle Verhältnis zwischen der Bevölkerung, den kommunalen Gebietskörperschaften und der Polizei fördern, die Polizei unterstützen sowie Anregungen und Wünsche der Bevölkerung an die Polizei herantragen.

Anlagen zur Vorlage:

- Vorschlag der Fraktion CDU
- Vorschlag der Fraktion SPD
- Verordnung über die Polizeibeiräte

Finanzielle Auswirkungen:	☐ Ja	Nein
1. Gesamtkosten:		
2. Sicherstellung der Finanzierung:		
3. Folgekosten:		